



MAGRAL AG

293. Ausgabe - August 2022

VERTRAULICHE INFORMATIONEN FÜR DIE LEITER DER KÄMMEREI

MAGRAL`s Markets

Märkte - Meinungen - Konditionen

Es braut sich etwas zusammen

☛ Die Befürworter der Währungsunion setzten seinerzeit darauf, dass die Europäische Währungsunion dem wirtschaftspolitischen Schlendrian in Ländern wie Italien, Spanien oder Griechenland ein Ende bereiten und so der ganzen Union zu mehr wirtschaftlicher Stärke verhelfen werde. Diese Ökonomen gingen davon aus, dass eine gemeinsame Geldpolitik die lockeren Südländer zu Reformen zwingen würde, da sie in einer Währungsunion nicht länger auf hohe Inflation, Staatsfinanzierung durch die Zentralbank und wiederholte Währungsabwertungen bauen können. Die EZB sollte nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank die Preisstabilität gewährleisten. Leider hat sich dieser fromme Wunschgedanke nicht erfüllt, wie sich seinerzeit bereits bei Griechenland zeigte und wie dies beispielhaft leider Italien zeigt: Eine zerstrittene, intrigante Politikerkaste zerstört jegliche Hoffnung auf Strukturreformen. Jahrelange Niedrigstzinsen, die das Land nicht für eine Schuldenkonsolidierung nutzte, sondern für gigantische, zusätzliche Ausgabenprogramme, wie frühzeitige Verrentung, Rettung

maroder Unternehmen, Subventionen etc. ließen in den letzten 15 Jahren den Schuldenstand von 110% auf 154% der Wirtschaftsleistung steigen, während die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung stark abfiel. Die EZB soll es halt richten. Kein Wunder, dass internationale Investoren mit Blick auf diese Schuldensituation einen etwas erhöhten Zinssatz für italienische Staatsanleihen verlangen. Und was macht die EZB: Den Regeln des Maastricht-Vertrags widersprechend wird ein Programm (TPI) lanciert, um Italien die Schuldenlast zu erleichtern. Ein weiteres, den Vertrag aushöhlendes Element; denn das Nichtbeistandsgebot und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung standen für eigenverantwortete, solide Staatsfinanzen und die Stabilität des Euro-Geldwertes. Bereits folgende Maßnahmen konterkarierten den Maastricht-Vertrag:

EU-Notfallhilfen unter Gemeinschaftshaftung der Mitgliedstaaten wie die Kurzarbeiterhilfe Sure (100 Mrd. Euro) und das Pandemie-Programm NGEU (ca. 823 Mrd. Euro), die an sehr lockere Bedingungen geknüpft sind, ihre Verwendung wird kaum kontrolliert. Ähnlich strukturierte Kreditfazilitäten sind der Wiederaufbauplan „Rebuild Ukraine“ und „Repower EU“ zum Umbau des EU-Energiesektors. Noch weiter geht das Schlussdokument der „Konferenz zur Zukunft Europas“ vom Mai 2022. Es enthält den Vorschlag für eine „gemeinsame Kreditaufnahme auf EU-Ebene mit dem Ziel, günstigere Bedingungen für die Kreditaufnahme zu schaffen“ – als Regelfinanzierung und nicht an Bedingungen geknüpft.

Die selbst geschaffene, außerordentliche Abhängigkeit der Bundesrepublik von russischem Gas könnte zur Extrembelastung für den Maastricht-Vertrag werden: Wenn die südlichen Länder, die wohlweislich und zeitiger die Importquellen diversifiziert hatten, für die von der BRD gewünschte Solidarität bei der Versorgung mit Gas Entgegenkommen bei der weiteren Vergemeinschaftung von Staatsschulden verlangen sollten.

Es braut sich also einiges zusammen:

Dies und die folgenden, aktuellen Rahmenbedingungen für Politik und Notenbank lassen wenig Raum für übermäßigen Optimismus:

- eine dramatisch verschlechterte Energieversorgung, v.a. ein Engpass beim Gas
- eine Inflationsentwicklung, die aktuell keinen deutlichen Rückgang erwarten lässt
- zögerliche Zinspolitik der EZB, die eine Wechselkursschwäche des Euro auslöste mit der Folge steigender importierter Inflation, die das Wirtschaftswachstum abwürgt

- anhaltende Lieferkettenprobleme
- in diversen Branchen ungewöhnlich hoher Personalmangel
- kaum abschätzbare Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine
- neue Varianten des Corona-Virus
- Anstieg der Schuldenquoten im €-Raum je nach Land seit 2019 um 10%-20%, so dass der finanzielle Spielraum, aktuelle Probleme weg zu puffern, eingeschränkt ist.
- die Schuldenpolitik der €-Länder und die geopolitischen Risiken treiben Anlagekapital in die USA.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) appellierte dieser Tage eindeutig an die Notenbanken. „Die Eindämmung der Inflation sollte höchste Priorität haben“, schrieb der IWF den politischen Entscheidungsträgern ins Pflichtenheft. Und setzte noch obendrauf: „Eine straffere Geldpolitik wird unweigerlich reale wirtschaftliche Kosten verursachen, aber eine Verzögerung wird diese nur verschlimmern.“ Das unterstreicht, welche Sprengkraft hinter dieser für IWF-Verhältnisse überdeutlichen Ansage steckt: Die führenden Zentralbanken haben die Inflation zu lange laufen lassen – nun zahlen alle die Quittung in Form herausziehender Rezession. An dieser Schocktherapie führt nach Ansicht des IWF kein Weg vorbei, um die viel zu hohe Inflation unter Kontrolle zu bekommen. ✪

Melden Sie sich noch heute in unserem Kundenportal an unter www.magral.de und nutzen Sie unser kostenfreies



MAGRAL

Anfrageportal

Der vielleicht einfachste Weg zu Ihrem Kommunaldarlehen.

25 Jahre Ihr verlässlicher Partner!

vertrauenswürdig • weitsichtig • kompetent

Profitieren Sie noch heute von Ihren TOP-Vorteilen:

- Einzigartiges **MAGRAL** Anfrageportal: einfach, intuitiv, transparent!
- Zeitgewinn durch maximale **Arbeits erleichterung!**
- Unterlagen **einfach hochladen!**
- Alles auf einen Blick: Ihr persönliches **Unterlagen-Archiv** u.v.m.!
- Keine Plattform: Wir kümmern uns **persönlich** um Ihre Anfrage!
- Der Mensch bleibt: exzellenter **Kundenservice** mit persönlichen Ansprechpartnern!

Kassenkredite

1 Monate	0,01 - 0,50
3 Monate:	0,05 - 0,50
12 Monate:	0,85 - 1,20
bis 10 Jahre:	auf Nachfrage

Kommunaldarlehen*

5 Jahre	1,55 - 1,65
10 Jahre:	1,90 - 2,05
20 Jahre	2,30 - 2,50
ges. Lz. 20 Jahre:	2,09 - 2,20
ges. Lz. 25 Jahre:	2,31 - 2,40
ges. Lz. 30 Jahre:	2,45 - 2,60
ges. Lz. 40 Jahre:	auf Nachfrage
ges. Lz. 50 Jahre:	auf Nachfrage

Zins-Angaben in %

* Basis:

Nominalzins, 100 % Auszahlung,

Tilgung annuitätisch 2 %, 1/4-jährl.,
Zinssätze in Abhängigkeit der Betragshöhe,
alle gängigen Alternativen darstellbar

Ihr direkter Kontakt zur MAGRAL AG

Dr. Albert Gresser, Tel.: 089 829946-0, Martin Gresser, Tel.: 089 829946-0

Kommunales Finanzmanagement:

Ernst Altendorfer, Tel.: 089 829946-66, Email: e.altendorfer@magral.de

Kristina Kilian, Tel.: 089 829946-55. Email: k.kilian@magral.de

MAGRAL AG, Offenbachstraße 41, 81245 München

Telefon: 089 829946-0, Telefax: 089 82 99 46-46

kontakt@magral.de, www.zinssteuerung.com, www.magral.de

USt.-IDNr. DE182195801, HRB 114 166 München

Vorstand: Dr. Albert Gresser, Martin Gresser

AR-Vors.: Susanne Gresser-Lachenmayr

Copyright © 2022 MAGRAL AG Financial Brokers, All rights reserved.

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Nachrichten der MAGRAL AG abonniert haben.

Unsere Kontaktdaten:

MAGRAL AG Financial Brokers

Offenbachstr. 41

München 81245

Germany

[Add us to your address book](#)

Wollen Sie keine Informationen mehr von uns erhalten?

Sie können sich hier: [abmelden](#).